

Protokolleintrag vom 30.06.2004

2004/341

Interpellation von Dr. Georg Schmid (CVP) und Anton Stähler (CVP) vom 30.6.2004: Steuerrecht, Auslegung in Zweifelsfällen zugunsten der Steuerpflichtigen

Von Dr. Georg Schmid (CVP) und Anton Stähler (CVP) ist am 30.6.2004 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Jüngst in den Medien bekannt gemachte Steuerentscheide lassen auf eine zunehmende „Verhärtung der Fronten“ schliessen. Die Folgen sind eine Vergiftung des Steuerklimas und eine Abwanderung von Steuerpflichtigen. Das kann ja nicht das Ziel sein. Zunehmend erwarten die Bewohner dieser Stadt, dass sich die Behörden nicht in einem obrigkeitlichen Sinne aufspielen, sondern sich als faire Partner erweisen und dem Dienstleistungsaspekt Rechnung tragen. Solches ist nun dringend auch im Bereich Steuern angesagt, wobei durchaus anerkannt sei, dass das Steueramt der Stadt Zürich nicht am schlechtesten dasteht. Allerdings besteht auch hier Handlungsbedarf.

Es stellen sich in diesem Zusammenhang Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Entscheide im Bereich Erfassung von fiktiven Gewinnen bei Opfern von Anlagebetrügen sowie den kleinlichen Umgang mit Weiterbildungskosten?
2. Ist der Stadtrat bereit, soweit die städtischen Steuerbehörden hier tätig sein können (delegierte Einschätzungskompetenz), in solchen und ähnlichen Fällen durch eine vernünftige Gesetzesanwendung eine Wende zugunsten der Pflichtigen einzuleiten?
3. Bestehen neuere Richtlinien/Weisungen des kantonalen Steueramtes, nach denen die kommunalen Steuerbehörden die Bestimmungen rigoroser anzuwenden haben und weniger oder keine Toleranzen zugunsten der Pflichtigen mehr geduldet werden? (falls ja, bitte um genaue Angaben dieser Richtlinien)
4. Welche weiteren Massnahmen sieht der Stadtrat vor, um das Steuerklima zu verbessern und das Vertrauen der Bevölkerung in die Steuerbehörden zu stärken?
5. Insbesondere: sieht der Stadtrat ein, dass dem Dienstleistungsaspekt vermehrt Beachtung zu schenken ist?
6. In welcher Priorität und welchen Zeiträumen lassen sich derartige Massnahmen durchführen?
7. Ist der Stadtrat bereit, sich beim Kanton für eine bürgernahe Umsetzung der Steuerbestimmungen einzusetzen, um hier eine deutliche Wende in Richtung Dienstleistungsbetrieb einzuleiten?